

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.20 Uhr
Ende: 12.55 Uhr

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf ersuchen, dass wir die Frage 1) und die Frage 3) vielleicht gleich hintereinander vortragen, sie haben beide ähnlichen Fragetext beziehungsweise es handelt sich um das selbe Bauvorhaben, nämlich die Problematik in der Schützenhofgasse an Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg.

1) Bauvorhaben Schützenhofgasse

GRin. Dr. **Sickl** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

Dr. **Sickl**: Ich hätte heute eine Anfrage an den Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg. Lieber Detlev! Es betrifft das Bauvorhaben Schützenhofgasse. In der Gemeinderatssitzung vom 13. November 2003 wurde mit Mehrheit der Bebauungsplan „Schützenhofgasse – Naglergasse – Nibelungengasse – Schillerstraße“ im zweiten Grazer Stadtbezirk St. Leonhard beschlossen. Anrainer haben mit diversen Aktionen und Unterschriftensammlungen ihren Protest gegen die geplante Verbauung bekundet. Sie argumentieren vor allem dahin, dass die gesamte Schützenhofgasse ein schützenswertes Ensemble ist. Durch die geplante Neuverbauung soll das historische Gebäude in der Schützenhofgasse 25/27 zerstört und Vorgärten erheblich reduziert werden. Auch führen die Bewohner ins Treffen, dass die Altstadtsachverständigenkommission in Übereinstimmung mit dem Bundesdenkmalamt das bestehende Ensemble für schützenswert erklärte.

Auf der anderen Seite müssen natürlich auch die berechtigten Interessen der Bauwerber berücksichtigt werden. Offensichtlich gibt es nicht nur unterschiedliche Auffassungen und sich widersprechende Gutachten, sondern meines Erachtens

nach auch Informationsdefizite über die konkreten Vorstellungen beider Seiten. Zielführend wäre das gemeinsame, sachlich geführte Gespräch unter Beiziehung eines Mediators, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Ich stelle daher die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, als zuständiger Stadtsenatsreferent noch einmal prüfen zu lassen, ob bei den beabsichtigten Bauvorhaben in der Schützenhofgasse unter Einbeziehung eines Mediators ein Kompromiss zwischen Bauwerbern und Anrainern möglich ist ?

3) Schützenhofgasse 25 – 27

GRin. **Kahr** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich erspare mir eigentlich die Argumente. Die Kollegin Sickl hat vieles von dem angesprochen, was auch uns ein Anliegen ist und vor allem den BewohnerInnen in diesem Stadtteil. Anfügen möchte ich nur noch, dass natürlich die Erkenntnisse bezüglich des historischen Gebäudes in der Schützenhofgasse 25 bis 27 den MandatarInnen hier im Hause damals noch nicht so vorlagen und man davon ausgehen kann, dass die Beschlusslage natürlich auch nicht genügend Informationen, die notwendig gewesen wären, gehabt hat. Meine

F r a g e

lautet daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Werden von Ihnen die Erkenntnisse über die historische Bedeutung des Hauses Schützenhofgasse 25/27 berücksichtigt und wird deshalb eine Abbruchgenehmigung nicht erteilt werden?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Zunächst herzlichen Dank, dass ich beide Fragen gemeinsam beantworten kann. Ich werde mich aber bemühen, die konkreten Fragen auch konkret zu beantworten. Zur Frau Gemeinderätin Sickl: Selbstverständlich werden wir die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen Bauwerben und Anrainer noch einmal prüfen lassen. Die Bandbreite der Möglichkeiten erscheint mir allerdings sehr eingeschränkt zu sein auf Grund der gesetzlichen Grundlagen und auch der Rahmenbedingungen. Basis für eine allfällige neue Verbauung ist nämlich der vorliegende rechtskräftige Bebauungsplan. Das heißt, dass die Baubehörde an den Bebauungsplan gebunden ist und eine andere Bebauungsweise weder vorschreiben noch genehmigen kann. In diesem Sinne dürfte also auch ein Kompromiss zwischen Bauwerber und Anrainern, der naturgemäß vom gültigen Bebauungsplan abweichen müsste, von der Behörde gar nicht genehmigt werden. Auch die Durchführung eines Mediationsverfahrens, das im Übrigen keine gesetzliche Deckung hätte, vermag aus meiner Sicht an diesen Tatsachen nichts zu verrücken.

Zur Frau Klubobfrau Kahr: Das Verfahren ist derzeit in der ersten Instanz anhängig. Das allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz sieht grundsätzlich die Durchführung eines Ermittlungsverfahrens vor. Zweck dieses Verfahrens ist es, den für die Erledigung einer Verwaltungssache maßgebenden Sachverhalt festzustellen und den Parteien Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Rechte und rechtlichen Interessen zu geben. Zur Ergebnisermittlung sind in diesem Fall Gutachten notwendig, die von der ASVK, von einem Sachverständigen des Bauwerbers und vom Stadtplanungsamt vorgelegt wurden. Die Beweismittel liegen also vor und die Behörde hat jetzt auf Basis dieser Beweise eine Entscheidung nach den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsverfahrens zu treffen. Zusammengefasst: Die vorliegenden Gutachten, also auch jenes der ASVK, werden entsprechend gewürdigt und dann wird die Behörde entscheiden, so oder so, Abbruchbewilligung oder nicht Abbruch, das Ergebnis kann nicht ich heute vorweg nehmen. Und erlauben Sie mir noch zwei Anmerkungen zu den Motivenberichten: Ich glaube nicht, dass ein Informationsdefizit vorliegt, nachdem im Rahmen der Erstellung des Bebauungsplanes ein sehr intensiver und umfangreicher Informationsprozess stattgefunden hat. Ich glaube, dass beide Seiten wissen, woran sie sind und wie die Vorstellungen des Bauwerbers, aber auch der Anrainer sind und zur Frau Klubobfrau Kahr, im Motivenbericht diese Behauptung, wonach der Bebauungsplan im Widerspruch zum

Stadtentwicklungskonzept steht, wird vom Stadtplanungsamt entschieden zurückgewiesen.

GRin. **Kahr**: Es ist eigentlich keine Zusatzfrage, sondern ich möchte nur feststellen, natürlich steht es dem Stadtplanungsamt zu, die Dinge so zu sehen, wie sie sie sehen, aber ich denke, dass diese über 1000 Unterschriften der Bevölkerung, die dort lebt, auch nicht zu ignorieren sind und ich würde Sie wirklich ersuchen, wobei ich hier nicht behauptet habe, dass Sie unrechtens handeln, das ist mir schon bewusst, dass es seine Richtigkeit hat, aber ich würde wirklich Sie und auch den Herrn Stadtrat Rüschi ersuchen, der Forderung der Bürgerinitiative nachzugeben und eine Revision dieses Bebauungsplanes ins Auge zu fassen (*Applaus KPÖ*).

Dr. **Sickl**: Ich hätte auch noch eine Frage. Ist jetzt ein Mediationsverfahren angedacht oder nicht, das habe ich nicht so ganz herausgehört. Und dann wollte ich eben sagen, wegen Kompromiss. Es ist schon klar, dass es den Bebauungsplan gibt, er wird jetzt aber erst von der Landesregierung bestätigt. Ich will mich da nicht auf rechtliche Details einlassen, aber auch die Bewohner dort könnten sich vorstellen, wenn das Projekt ein bisschen abgespeckt wird, dass man da nicht so einen Klotz hinbaut, könnte man sicher da auch Einigkeit finden. Meine Frage, gibt es jetzt ein Mediationsverfahren oder nicht?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Mediationsverfahren erscheint mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig zielführend, weil wenn ein Kompromiss erzielt wird zwischen Bauwerber und Anrainern und ein anderes Projekt da herauskommt, darf die Baubehörde das nicht genehmigen, weil es einen Bebauungsplan gibt, auf Grund dessen ein Bau auszuführen ist, wenn einer kommt. Ich glaube, eine wesentliche Vorfrage ist, kommt es zum Abbruch des bestehenden Objektes? Kommt es nicht zum Abbruch, gibt es auch keinen Neubau (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Sickl**: Schützenhofgasse 35, um das geht es jetzt vor allem bei mir in meiner Anfrage, also da ist jetzt dieses Problem auch.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Wir haben uns natürlich mit den Juristen da auch unterhalten, weil wenn es neue Grundlagen gäbe, einen Bebauungsplan aufzuheben oder zu ändern, dann kann man das machen, die Juristen erkennen im Moment keinen sachlichen Grund, das zu machen. Und würde man es ohne stichhaltige Begründung machen, der Gemeinderat beschließen, würde das vor Höchstgerichten nicht haltbar sein und behoben werden, das ist meine Information derzeit (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist das Hauptproblem im Moment, dass man Begründungen braucht, die auch vor einem Verwaltungsgerichtshof halten, weil Entscheidungen sind schon einmal gefallen, wenn Sie mir den Satz noch erlauben, auf der Suche ist man ja nach Lösungen, aber wir dürfen auch keine Entscheidung fällen, die der Verwaltungsgerichtshof aufhebt, dann ist niemandem geholfen, außer dass wir einen Versuch gestartet haben. Ich glaube, so ehrlich sollte man mit Bürgern auch umgehen, man braucht zuerst die Sachlage (*Applaus ÖVP*).

3) Betreuung der Punks im öffentlichen Raum

GR. **Rajakovics** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Da ich mich auch damals bei der Debatte zu Wort melden habe dürfen: Es geht um die Betreuung der Punks im öffentlichen Raum. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Vor fünf Monaten haben wir gemeinsam ein Paket zur Betreuung geschnürt. Ziel war es neben dem selbstverständlichen „Dach über dem Kopf“ durch eine Sonderbetreuung und Arbeitsangebote die Situation zu entspannen.

Daher meine

F r a g e :

Wie viele Menschen, in welcher Altersgruppe sind zur Zeit in der Kärntnerstraße 3 untergebracht beziehungsweise kann man abschätzen, wie viele Personen und in welcher Altersgruppe im Dunstkreis oben genannter Gruppe betreut werden, wie viele beziehungsweise welche Arbeitseinsätze hat es gegeben und wie viele Personen haben daran gearbeitet, und gibt es bereits ein Zwischenresümee über Erfolg oder Nicht-Erfolg?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Werter Herr Gemeinderat, lieber Thomas! Danke für die Anfrage, sie gibt mir Gelegenheit auch dem Gemeinderat Bericht zu erstatten über das Beschäftigungsprojekt, das wir Menschen anbieten, unter anderem den Punks, jetzt einmal im kleinen Rahmen, die am Arbeitsmarkt keine Chancen mehr haben, oder im Augenblick keine Chancen haben. Ich möchte vorweg sagen, es ist uns in diesen fünf Monaten vieles und Positives gelungen, das auch, weil wir Menschen haben im Sozialamt, die weit über das übliche Maß hinaus sich für diese Zielgruppe engagieren und im Einsatz sind und ich möchte daher die Gelegenheit nützen, weil auch der Joe Eder da oben steht, den beiden ganz herzlich zu danken, unser Joe Eder und unser Otti Pfeiffer (*allgemeiner Applaus*), man könnte sie fast als Engel der Benachteiligten auf unseren Plätzen in der Stadt bezeichnen. Also um zur konkreten Beantwortung zurückzukommen: Es ist nunmehr so, im Oktober haben 35 Leute in unserem Arbeitsprojekt gearbeitet, 15 davon kommen aus dem Bereich der Punks. Ich würde lieber den Begriff Dunstkreis nicht verwenden, weil den verwendet man eher so im Bereich der Kriminellen (*allgemeiner Applaus*), ich würde sagen, aus dem Beziehungsbereich oder wie immer, da kann man ja kreativ sein. 35 ist auch die durchschnittliche Zahl an Beschäftigten, wenn ich mir die Monate Juli bis Oktober ansehe, den Höchststand an Beschäftigten haben wir im August erreicht, da waren es nämlich 41. Wenn du nun nach den Erfolgen fragst oder nach dem Erfolg, so möchte ich schon daran erinnern, dass ich mehrmals hier gesagt habe, es wird sehr schwierig sein, den Erfolg zu messen, zu benennen und zu definieren und es wird

vor allem schwierig sein, eine gemeinsame Definition dessen zu finden, was wir als Erfolg bezeichnen, weil mir ist schon klar, manche würden als Erfolg nur bezeichnen, wenn es die Punks jetzt halt überhaupt nicht mehr gäbe im öffentlichen Raum. Wir Zwei haben ganz sicher, und viele andere hier, andere Vorstellungen und du gerade als Experte weißt ja auch sehr gut, wie schwer es ist, soziale Arbeit in Erfolgsparametern zu messen, zu definieren und zu beschreiben. Aber ich würde schon meinen, dass Leute, die bislang keine Beschäftigungsmöglichkeit hatten aus den verschiedenen Gründen, die wir kennen, auch keine Beschäftigungskompetenz, sich Arbeiten nicht einmal in kleinen Bereichen auch mehr zugetraut haben, wieder arbeiten können, das scheint mir ein großer Erfolg, das scheint mir genau der Erfolg zu sein, den ich mir immer erhofft habe, Menschen einfach Türen zu öffnen, Chancen zu eröffnen zu einem veränderten Selbstbewusstsein, zu einem veränderten Selbstverständnis und wenn wir hören und erfahren und auch zusehen können, wenn wir genau hinschauen, wie begeistert viele von diesen Menschen diese Arbeit annehmen und immer wieder sagen, eigentlich würden wir gerne noch mehr arbeiten, dann würde ich das wirklich als großen Erfolg bezeichnen. Die Arbeitsfelder haben sich in den letzten fünf Monaten, wie bereits davor im Wesentlichen konzentriert auf die Reinigung im öffentlichen Raum, Stadtpark, Schloßberg, Zentralfriedhof. Diese Tätigkeiten werden weiterhin durchgeführt werden im Winter, sofern es die Witterung zulässt, weiters werden laufend Kleintransporte durchgeführt, Wohnungen entrümpelt, Wohnungen saniert beziehungsweise adaptiert, das heißt, auch die städtischen Übergangs- und Kontingentwohnungen beziehungsweise deren BewohnerInnen profitieren von der Arbeit der SozialhilfeempfängerInnen. Zudem ergibt es die Möglichkeit, im einen oder anderen Fall bei jenen, die die Dienstleistungen annehmen, vielleicht auch ein neues und differenzierteres Bild als jenes, das sie bisher hatten, von dieser Zielgruppe zu entwickeln. Ich glaube, dass auch das als Erfolg zu sehen ist und sehr bedeutsam ist, weil es ja auch Bewusstsein verändern kann. Zusammenfassend kann gesagt werden noch einmal, wir leisten wertvolle Arbeit im Sinne von Gemeinwesen. Für das nächste Frühjahr sind Arbeitsprojekte im Bereich Ökologie angedacht, zum Beispiel das Reinigen von Bachbeeten steht ganz oben auf unserer Prioritätenliste, weitere Projekte, weitere Arbeitsfelder sind im Entstehen und sind im Entwickeln.

GR. **Rajakovics** unverständlich.

StR. **Kaltenbeck-Michl**: Wohnprojekt Kärntnerstraße, ich habe alles, ich beantworte alles, was ich gefragt werde, soweit ich kann. Zum Wohnprojekt Kärntnerstraße, übrigens Kärntnerstraße 1, nicht 3, schaut so aus, dass derzeit 28 Leute, acht Frauen, 20 Männer im Haus leben, deutlich mehr als im Sommer, da waren es nämlich 15 Personen. Von den derzeit 28 sind acht zwischen 18 und 20 Jahre alt, neun sind zwischen 20 und 25 Jahre, fünf zwischen 25 und 30 und sechs sind über 30 Jahre alt. Derzeit läuft im Haus Kärntnerstraße das Projekt Winterfest, das heißt, die BewohnerInnen schließen Öfen an, die die Betreuer geschenkt bekommen haben, das heißt, mit viel Aufwand irgendwo als Spenden ergattert haben oder mit geringen finanziellen Mitteln gekauft haben. Den Joe Eder habe ich letztens schon um sieben in der Früh in die Kärntner Straße hineinmarschieren gesehen, als ich vorbeigefahren bin. Ebenso haben sich die BewohnerInnen selbst Betten gebaut, das Holz haben sie dafür geschenkt bekommen, sie haben sich selbst billige Laminatböden verlegt und in den nächsten Tagen wird diese Aktion abgeschlossen sein. Und wir können auch feststellen, dass sich zunehmend so ein Interesse daran entwickelt, also zunehmend so das Gefühl, schön, wir haben da jetzt was Eigenes, da geht es nicht nur um das Dach über dem Kopf, sondern da geht es darum zu sagen, wir haben da was Eigenes, das ist uns wichtig, das zeigt uns Wertschätzung und wir wollen auch dazu beitragen, das gemütlich und wohnlich zu gestalten. Es gibt regelmäßige Besprechungen, regelmäßige Hausversammlungen, da bemühen wir uns, die Beziehungen der Bewohner/Bewohnerinnen untereinander zu stärken und was mir auch sehr bemerkenswert und durchaus als Erfolg erscheint. Manche von ihnen beginnen wieder, soziale Kontakte zu ihrer Herkunftsfamilie aufzunehmen, soziale Kontakte, die es davor oft lange Zeit, viele Jahre nicht mehr gegeben hat. Ich möchte natürlich auch ehrlicherweise die Nichterfolge benennen. Natürlich gibt es immer wieder Überschreitungen, natürlich gibt es immer wieder Notwendigkeiten einer Polizeistrafe, zum Beispiel bei Beschimpfungen von Amtsorganen. Einige Punks waren eben auch im Gefängnis, aber wie gesagt, Erfolge passieren im Stillen und Erfolge passieren eben in kleinen Schritten, aber in Summe gesehen, glaube

ich, dass wir gemeinsam einen erfolgreichen Weg beschlossen haben und gehen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Danke, Frau Stadträtin für die Ausführung, dass mein ehemaliger Kollege und Freund Joe Eder eine gute Arbeit leistet, dass du dich auch dafür bedankt hast und den Applaus, der spricht sicher dafür, dass das gut ist. Daher gehe ich auch davon aus, ich habe da ein böses Gerücht gehört, dass du für das Wegschaffen der Bänke vor der Buchhandlung Leykam bist, aber das wird angesichts dieser positiven Berichte sicher nicht ganz der Wahrheit entsprechen. Danke (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Da sage ich schon noch was dazu. Erstens hat das eine mit dem anderem nichts zu tun, ich möchte ausdrücklich sagen, ich war noch nie dafür, die Punks oder irgendwelche anderen Menschengruppen von einem Platz zu vertreiben oder wegzuweisen. Wofür ich aber sehr wohl bin, ist, dass wir gleichermaßen die Interessen und Bedürfnisse der Geschäftsleute und der Bevölkerung ernst nehmen. Es kann nicht so sein, weil wir wissen, was der Hauptgrund war, warum die Punks vom Brunnen verdrängt wurden, es kann nicht so sein, dass die Geschäftsinteressen von Juwelieren mehr zählen als die einer Buchhandlung. Ganz einfach. Ich habe nur darum gebeten, die Bank zwei Meter weiter weg zu stellen (*Applaus SPÖ*). Es wäre den Punks völlig egal gewesen.

4) Verkehrsberuhigung – Wohngebiet Murfeld, insbesondere Murfelderstraße, Neudorferstraße

GR. **Trummer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Anfrage:

GR. **Trummer:** Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, lieber Herr Stadtrat, lieber Gerhard, geschätzte Damen und Herren des Stadtsenates und des Gemeinderates! Meine Anfrage betrifft die Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Murfeld, insbesondere in der Murfelderstraße und Neudorferstraße. Schon mehrmals, wie etwa im Jahre 1996 bei der Sperre der Puntigamer Brücke oder bei meiner Anfrage im Gemeinderat am 1.7.1999, aber auch bei verschiedenen Bürgerversammlungen in der Neudorferstraße habe ich, aber auch schon einige meiner Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, darauf aufmerksam gemacht auf die unzumutbare Verkehrs- und Lärmbelastung der anrainenden Bevölkerung in den oben genannten Straßenzügen. Wir haben darauf hingewiesen und auch vehement eine Verkehrsberuhigung eingefordert.

Eine spürbare Entlastung für diesen Bereich würde allerdings und wird der ebenfalls schon mehrmals von mir eingeforderte auch versprochene Bau des Südgürtels und des Ostknotens mit der A2-Begleitstraße bringen.

Tatsache aber ist, und das wissen wir, dass es mit dem Bau des Südgürtels und auch des Ostknotens immer wieder zu Verzögerungen kommt. Wurde uns noch vor einigen Jahren versprochen, dass eben mit dem Bau dieses Südgürtels 2004 begonnen wird, so kann jetzt günstigsten Falles 2005 beziehungsweise 2006 gestartet werden. Mit der Fertigstellung ist somit 2009 oder 2010 zu rechnen. Fünf bis sechs Jahre, die die Bevölkerung in diesen reinen Wohngebieten, und dabei handelt es sich, und das wissen wir, um ein Verkehrsaufkommen von bis zu 20.000 Kfz pro Tag, dieses Verkehrsaufkommen wird die Bevölkerung nicht mehr hinnehmen und kann sie nicht mehr hinnehmen.

Dank deiner Initiative, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard, ist es in der Eichbachgasse, also auch in einem Teil dieses Murfeldes, durch die Tempo-30-Regelung zu einer spürbaren Entlastung gekommen. Aber auf den „Hauptverkehrs-Schleichwegen“, eben auf der Murfelderstraße und auf der Neudorferstraße, gibt es nach wie vor weder eine Verkehrs- noch eine Lärmentlastung.

Daher stelle ich an Dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard, die

F r a g e :

„Bist du bereit, ein Pilotprojekt mit generell Tempo 30, zumindest aber in den Nachtstunden, für die Murfelderstraße und die Neudorferstraße einzurichten?“

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Rudi! Seit dem ich der Stadtregierung angehöre, ist mir die schwierige Situation der Liebenauer Bevölkerung in Bezug auf die Verkehrsbelastung, nicht nur in der Liebenauer Hauptstraße, sondern eben auch in den Wohn-Sammelstraßen daneben und auch quer zur Liebenauer Hauptstraße, sehr bewusst und ich weiß auch, dass von Seiten der Bevölkerung sowohl vom Bezirk aber auch vom Gemeinderat sehr, sehr viele Initiativen ergriffen worden sind. Du warst dabei sicherlich der Aktivste von allen, um die längst fälligen und die längst geplanten Projekte umzusetzen. Ich glaube, dieses Kompliment an den Rudi Trummer ist durchaus gerechtfertigt, ich habe gesagt, neben vielen anderen (*Applaus ÖVP*). Eine entscheidende Frage dabei ist die der Zuständigkeit. Es sind beides Projekte, die ursprünglich vom Bund realisiert hätten werden sollen und nun seit Übertragung der Bundesstraßen auch im Verantwortungsbereich des Landes liegen und an dieser Stelle sei schon einmal gesagt, dass wir in vielen Gesprächen und auch in sehr vielen Kontakten leider nicht das Empfinden haben, dass die Dringlichkeit und die Priorität für den Südgürtel, aber auch für den Knoten Ost und die A 2-Begleitstraße, das wir hier die selbe Priorität sehen. Und es ist dann schon verwunderlich, wenn, wie mir berichtet wurde, ein Treffen stattfindet beim zuständigen Landeshauptmannstellvertreter und dann die Betroffenen, die sich zum Termin angemeldet haben, den Eindruck haben, den Eindruck gewinnen müssen, der Landeshauptmannstellvertreter weiß im Konkreten gar nicht genau, worum es geht und erinnert sich schon daran, dass es da irgendein Projekt gibt, aber wo die Trasse genau führt, wie der aktuelle Planungsstand ist usw. darüber wusste der nicht Bescheid. Ich denke, dass es hier wirklich eines Schulterschlusses auch in der gesamten Stadtregierung bedarf, um hier die Realisierung dieser Projekte umzusetzen. Zur konkreten Frage von dir. Die Murfelderstraße und die Neudorferstraße sind die zwei mit am stärksten betroffenen Schleichwege in Liebenau. Ich möchte gerne die Anregung aufgreifen und am Beispiel dieses

Straßenzuges einen Pilotversuch starten und zwar eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h während der Nachtstunden und zwar in diesem Falle in erster Linie aus Lärmschutzgründen, also nicht wegen der Verkehrssicherheit, die sonst immer an oberster Stelle steht, sondern vor allem aus Lärmschutzgründen. Das hat deswegen Bedeutung, weil in der Nacht, also zwischen 22 und 6 Uhr in der Früh, Schichtwechsel erfolgt bei Magna-Steyr und hier die Belästigung klarerweise und auch der durchaus verständliche Drang, möglichst schnell nach Hause zu kommen, auch zu sehr hohen Geschwindigkeiten führt. Wir werden das Umweltamt bitten, vorher Lärmmessungen durchzuführen und dann eben diesen Pilotversuch starten und dann auch während des Pilotversuches Messungen zu machen um auch zu sehen, ob die Geschwindigkeitsreduzierung tatsächlich mit einer Reduzierung der Lärmbelastung verbunden ist. Ich hoffe, dass damit zumindest ein kleiner Betrag geleistet werden kann zur Verkehrsberuhigung. Die wirkliche Beruhigung wird, wie du genauso weißt wie ich, erst dann entstehen, wenn die zwei genannten Projekte, also Südgürtel sowie Ausbauknoten Ost mit A 2-Begleitstraße, tatsächlich umgesetzt sind (*Applaus ÖVP*).

5) Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Es geht um die Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten. Ich habe diese Frage schon einmal gestellt, nur sind ein paar Sachen ein bisschen unbeantwortet geblieben. In Sonderschulen und Integrationsklassen werden schwerbehinderte Kinder sehr gut gefördert. Einige Schulheime, vor allem private, sperren aber in den Ferien zu. In dieser Zeit (im Sommer sind es 8 Wochen) sind Eltern, die ihre Kinder in privaten Einrichtungen untergebracht haben, in der Begleitung völlig auf sich gestellt. Bei fünf Wochen Urlaub, die man als ArbeitnehmerIn hat, ist das für alleinstehende Mütter oder Väter gar nicht möglich. Das stellt für viele Familien eine existenzielle Problematik da.

Die Lebenshilfe Graz bietet zwar eine Sommerbetreuung an, doch ist der Bedarf durch die vorgesehenen Plätze nicht gedeckt.

Vergangenem Frühling übergab ich dir, sehr geehrte Frau Stadträtin, 30 Unterschriften von besorgten Eltern, welche ihre schwerbehinderten Kinder in privaten Einrichtungen untergebracht haben und eine Sommerbetreuung fordern.

Kürzlich konnte ich in einem Monatsmagazin einen Artikel zum Thema „Maßnahmen zur Kinderbetreuung sorgen für Unmut“ finden, in dem du den Leserinnen und Lesern Folgendes mitgeteilt hast:

„Bezüglich der Sommerbetreuung wurde zwar eine Befragung durchgeführt, jedoch war dafür keine Nachfrage vorhanden“.

Da ich von den Eltern, die mir die Unterschriftenliste übergeben haben, auf deine Befragung angesprochen worden bin, ist es mir ganz wichtig, von dir ein Ergebnis zu bekommen.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e ,

wann, in welchen Einrichtungen - beziehungsweise bei wie vielen Eltern du diese Befragung durchgeführt hast und zu welchem Ergebnis du gekommen bist? (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Kurt! Wir haben ja schon einige Male persönlich über dieses Thema geredet, aber ich beantworte dir das natürlich auch gerne offiziell, weil es ja für alle interessant ist. Natürlich ist es so, dass es für alle Kinder in allen städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, die im Sommer eine Betreuung brauchen, einen Platz gibt. Das gilt für behinderte Kinder der städtischen Einrichtungen ebenso wie für die nicht behinderten Kinder. Seit

Jahren sorgen wir dafür, dass die Eltern, die im Sommer eine Betreuung für ihre Kinder brauchen, diese auch erhalten und über die Zahlen und wo sich in sinnvollster Weise ein Sommerkindergarten öffnen soll, bekommen wir Information, indem wir in unseren städtischen Einrichtungen eine Umfrage machen, auch das gilt für die behinderten Kinder, ebenso für die nicht behinderten Kinder. Denn Faktum ist, würden wir Überlegungen anstellen, auch für die Kinder aus privaten Einrichtungen, Sommerferienbetreuung anzubieten, dann würde es bei weitem unsere Finanzierungsmöglichkeiten überschreiten. Ich brauche dir nicht zu sagen, dass wir mitten im Aufgabenkritikprozess, das heißt, wir haben ihn abgeschlossen, ich brauch dir nicht zu sagen, wie die Zahlen ausschauen, wie hoch der Konsolidierungsprozess ist und es ist mit Mühe und Not noch gelungen zu verhindern, dass wir auch in den städtischen Kindergärten die Sommerferienangebote abbauen. Ich darf dir nur sagen, es war auf eine der Maßnahmen auf der Maßnahmenliste des Amtes, aber eine mit mir nicht akkordierte, aber hätte ich die Einsparungsvorgaben erfüllen müssen, nämlich die 3,7 Millionen Euro, die der Gemeinderat beschlossen hat, dann hätte ich müssen unter anderem 20 Kindergärten überhaupt schließen, 20 Kindergartengruppen und das gesamte Ferienangebot, das wir in unseren städtischen Kindergärten haben, abbauen. Nur damit wir wissen, wovon wir reden, natürlich kann ich immer sagen, wir würden das und jenes nicht brauchen, aber wenn die finanzielle Situation so ist, dass es nicht möglich ist, dann würde ich schon sagen, dann sollen die privaten Einrichtungen darüber nachdenken, wie sie selbst Ferienbetreuung anbieten, weil eines ist schon klar, wenn die selber das machen, dann kommt sie dieses Angebot für die Eltern und Kinder wesentlich billiger als uns, weil deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ganz andere Verträge haben. Wenn wir unsere Kindergärten öffnen, müssen wir außerhalb unseres Stammpersonals zusätzlich Personal aufnehmen, weil ja unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen nach dem Landesgesetz ihre Verträge haben, das heißt, sie haben zwei Monate Ferien. Während in den privaten Einrichtungen die ganz normale Urlaubsregelung haben. Also natürlich ist das Anliegen ok, aber auf die Dauer wird es nicht gehen, immer zu sagen, privat ist privat, aber wenn es sich irgendwie nicht ausgeht dort, dann muss die öffentliche Hand ununterbrochen in die Bresche springen. Im Moment ist sozusagen die Situation nicht so, dass wir das schaffen können.

GR. **Hohensinner**: Beantwortet wieder nicht meine Frage, weil als Stadträtin bist du auch für die Kinder und Jugendlichen, die in privaten Einrichtungen sind, zuständig, du hast es damals so beantwortet, dass du gesagt hast, mit dem neuen BHG wird das möglich sein. Wie du weißt zahlt 40 % die Stadt, 60 % das Land, deshalb kann man auch, wenn wir zahlen, da auch Einfluss nehmen. Wie das ist, dass du die 30 Unterschriften eben darstellst, als wäre der Bedarf nicht vorhanden, das wundert mich.

Zwischenruf GR. Zenz unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Ja aber wir zahlen 40 % und deswegen...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Ganz kurz, es hat gestern ein konstruktives Gespräch zwischen den Eltern, die die Unterschriften abgegeben haben, und Mosaik gegeben, das finde ich super. Es ist festgestellt worden, dass jetzt das Mosaik ein Konzept erarbeiten wird, das finde ich sehr, sehr gut. Mit diesem Konzept werden gemeinsam das Mosaik und die Eltern zum Land gehen, zum Herrn Landesrat Flecker, und werden sagen, der Bedarf ist da. Jetzt meine Zusatzfrage: Bist du bereit, als zuständige Stadtsenatsreferentin diese Initiative mit deinem Parteikollegen Landesrat Flecker zu unterstützen?

StRin . **Kaltenbeck-Michl**: Also grundsätzlich unterstütze ich immer alles, was mein Kollege Landesrat macht, weil er ein Sozialpolitiker ist und ich auch Sozialpolitikerin bin, ich wüsste nicht, was dagegen spricht aber es gibt keinen Grund, das zu unterstützen. Das ist ein Rechtsanspruch und das macht überhaupt keinen sinn, dass ich mich in Bescheide des Landes einmische. Ich wüsste nicht, was ich da unterstützen soll.

GR. **Hohensinner**: Ich hoffe, dass wir nächsten Sommer, dass wir nächstes Jahr ausreichend Sommerbetreuung haben.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Werden wir haben, jedenfalls wird sich die Situation verbessern durch das neue BHG.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir die Fragestunde erledigt. Ich habe allerdings nochmals eine Bitte an Sie, es ist mir leider passiert, dass ich einen Nachruf bei den Mitteilungen übersehen habe.